

# Thorner Presse.



**Abonnementspreis**  
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;  
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2 Mark.  
**Ausgabe**  
täglich 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion und Expedition:**  
Katharinenstr. 1.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

**Insertionspreis**  
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thurn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Invalidendank“ in Berlin, Haafenstein u. Bogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.  
Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 29.

Freitag den 3. Februar 1893.

XI. Jahrg.

## \* Das Befähigungsrecht der Regierung.

Es ist eine altbekannte Thatsache, daß die Deutschfreisinnigen alles ohne Ausnahme nur danach beurtheilen, wie es sich im Parteiinteresse verwerthen läßt, die Parteidrille ist also eine der wichtigsten Utenilien für den deutschfreisinnigen Mann. Daß diese Art, Politik zu treiben, häufig zu Widersprüchen führen muß, ist ja klar; aber für so unvorsichtig hätten wir die Freisinnigen nicht gehalten, daß sie vor aller Welt einen solchen kraßen Widerspruch konstatiren würden. Freilich war es Herr Rickert, der diese Unvorsichtigkeit beging; aber nachgewiesen ist durch ihn der Widerspruch zwischen dem Verhalten der Freisinnigen gestern und heute auf das schlagendste.

Als in der Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhauses Herr Graf v. Limburg-Sittum im Namen der konservativen Fraktion sein Bedauern über die Veröffentlichung des von der Regierung dem Landrath von Hornstedt kundgegebenen Mißfallens im „Reichs- und Staatsanzeiger“ aussprach, bemerkte er ausdrücklich, daß er gegen die Disziplinbefugniß auch in diesem Falle nichts einzuwenden habe, daß er sich vielmehr nur über die verschärfende Wirkung durch die erwähnte Publikation, die als ein Novum dieser Art anzusehen ist, beklage. Die Freisinnigen aber begrüßten die bedauerliche Zurückweisung dieses Einwurfs durch den Minister des Innern mit lautem Beifall, und Herr Rickert sprach ausdrücklich seine Anerkennung über dieses Vorgehen aus; bei dieser Gelegenheit erklärte der freisinnige Redner, daß seine Partei keinen Anspruch auf gute Behandlung seitens der Regierung mache. (Rechts rechts, bravo links).

Dieses Vorgehen schien sich Herr Rickert schon in der nächsten Sitzung nicht mehr zu erinnern, als er, seinem Partei-genossen Papendieck sekundirend, — wieder unter dem unausbleiblichen Beifall der Linken — dem Minister des Innern Vorwürfe darüber machte, daß dieser zweien „ehrenwerthen“ Kreisdeputirten die Befähigung versagt habe, weil sie deutschfreisinnige Parteimitglieder seien. Diese beiden ehrenwerthen Herren aber sind nicht wegen ihrer Zugehörigkeit zu der deutschfreisinnigen Partei nicht befähigt worden, sondern aus dem Grunde, weil sie rücksichtslos freisinnige Agitatoren sind. Und das ist doch wohl ein ausreichendes Motiv für die Nichtbefähigung? Erwägt man aber, daß die Freisinnigen grundsätzlich (siehe Berlin) nur „stramme“ Parteigenossen, von denen sie sich etwas besonderes für ihre Parteizwecke versprechen, zu Kommunalämtern wählen, erwägt man ferner, daß die freisinnige Partei ihre Lebensaufgabe in der Erzeugung von Unzufriedenheit und Vernichtung der beherrschenden Autorität erblickt, so wird man es für einen ganz außerordentlichen Beweis objektiven Vorgehens ansehen müssen, daß überhaupt eine verhältnißmäßig so große Zahl Freisinniger die Befähigung erfahren hat. Wir behaupten also, der Deutschfreisinn werde von der Regierung gut, besser gewiß als er es verdient, behandelt.

Der konservative Wortführer, Herr Graf v. Limburg-Sittum, erklärte ausdrücklich, daß seine Partei auf dem Standpunkte des Ministers, dem für sein kräftiges Auftreten zum Schutze des Befähigungsrechts Dank gebühre, stände. Die Linke schien dies sonderbar zu finden; aber die vorige Sitzung hat gezeigt, daß die Konservativen in dieser Frage vollständig konsequent gehandelt haben, während die Freisinnigen, wo es sich um einen

konservativen Landrath handelte, dem Minister beipflichteten, wo es hingegen freisinnige Agitation betraf, der gegentheiligen Ansicht waren. So hatte denn der Minister Graf Eulenburg ganz recht, als er äußerte, „wenn die Konsequenzen aus dem, was der Abg. Rickert aussprach, gezogen werden sollten, so wäre das Befähigungsrecht der Regierung überhaupt beseitigt“. Wir fügen hinzu: den Freisinnigen gegenüber. Denn wenn es sich einmal fügen sollte, daß Konservative in Frage kämen, so würden Herr Rickert und seine Freunde die eifrigsten Verfechter des Befähigungsrechts sein.

## Politische Tageschau.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet in einer hochoffiziösen Mittheilung einen Artikel des „Moniteur de Rome“, der in der Sendung des Generals v. Loë einen Beweis für die verzweifelten und vergebllichen Anstrengungen der deutschen Regierung zur Erreichung der Hilfe des Vatikans für die Durchbringung der Militärvorlage erblickt, als den schmählischen Versuch eine Ehrenbezeugung, welche Se. Majestät der deutsche Kaiser dem Haupte der katholischen Christenheit zu erweisen gedenkt, als Ausgangspunkt für Erfindungen und Lügen zu machen, zu dem erkennbaren Zweck, die kaiserl. Regierung bei den deutschen Katholiken zu verdächtigen und ihre auf Stärkung der Wehrkraft gerichteten Bestrebungen zu durchkreuzen.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ kann mit aller Bestimmtheit versichern, daß die Nachricht der „Düsseldorfer Ztg.“, wonach „Se. Majestät der Kaiser“ noch ein letztes eindruckliches Wort der Aufklärung vor der letzten Entscheidung über die Militärvorlage im Reichstage in Form einer an die Volksvertretung gerichteten kaiserlichen Botschaft richten werde, ihrem ganzen Inhalt nach ebenso sehr jeder Begründung entbehrt, wie alle sonst im Umlauf gesetzten Gerüchte über eine bevorstehende allerhöchste Rundgebung bezüglich der Militärvorlage.

Den Versuchen gegenüber, die Geereskosten der Schweiz als um die Hälfte billiger als die deutschen hinzustellen, zieht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ das schweizer Milizsystem und das deutsche Wehrsystem in eine vergleichende Betrachtung und kommt unter Berücksichtigung der in der Schweiz eingeführten Wehrsteuer zu dem Schlusse, daß das schweizer Wehrsystem durchaus nicht billiger sei, wie das deutsche, trotzdem die deutsche Wehrmacht ungleich schwierigere Aufgaben zu lösen in der Lage sein müsse, als die schweizer Landesverteidigung bei ihrem rein defensiven Charakter.

Zur Frage der „neuen Landwirtschaftspartei“ erhält die „Kreuzzeitung“ folgende Zuschrift: „Als Beilage zur „Landwirtschaftlichen Theaterzeitung“ ist ein Aufruf erschienen, betitelt: „Eine Frage an die Regierung, eine Mahnung an die deutschen Landwirthe“, welchen wir nicht unerwidert lassen dürfen, nicht sowohl wegen der darin enthaltenen Vorberäthe, welche wir unterschreiben, als wegen der daraus gezogenen Folgerungen. — Der genannte Aufruf kommt zu dem Vorschlage, eine große Wirtschaftspartei zu bilden, welche die Vertretung der Interessen von Landwirtschaft, Handel und Industrie zu ihrer Aufgabe machen und in politischen Fragen in Gruppen zerfallen soll, welche die verschiedene politische Auffassung

zum Ausdruck bringen. — Es ist uns nicht verständlich, wie auf diesem Wege die so oft und so stürmisch verlangte Einigkeit der Landwirthe und ein zielbewusstes thatkräftiges Eintreten für die Landwirtschaft erreicht werden soll. Glauben die Herren Unterzeichneten wirklich, daß bei einer Vereinigung der Vertreter von Industrie, Handel und Landwirtschaft die letztere auf ihre Rechnung kommen wird? Und glauben sie weiter, daß das fortwährende Auseinandergehen in politische Einzelgruppen die gewünschte Einheit auch nur für Monate erhalten wird? — Der einzige Erfolg, der möglicherweise erzielt werden könnte, wäre eine Schwächung und Schädigung derjenigen Partei, welche allein die energische Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Interessen auf ihre Fahne geschrieben hat, der konservativen. Sollte etwa jemand nach den jüngsten parlamentarischen Verhandlungen noch darüber im Zweifel sein können, wo die Vertreter der Landwirthe zu finden sind? — Rein Ultramontaner wird niemals seine Abstimmungen von anderen Erwägungen abhängig machen, als von kirchlich-politischen; kein Liberaler wird sich für die Landwirtschaft erwärmen können, in deren Vertretern er das naturgemäß konservative Element, also etwas ihm Entgegenstehendes, sieht. Darum fort mit den unnatürlichen Vereinigungen, fort mit dem neuen Kartell; der Landwirth, der heute noch nicht weiß, wohin er gehört, dem ist nicht zu helfen. — Schaaren wir uns einmüthig um die Partei, welche uns am meisten oder allein Garantie bietet, und richten wir unser besonderes Augenmerk darauf, daß die konservative Partei nur aus Männern zusammengesetzt ist, welche rücksichtslos bei jeder Gelegenheit die Interessen der Landwirtschaft veranlassen. — So allein kann heute noch das wohl auch den Unterzeichnern seines Aufrufs vorschwebende Ziel erreicht werden. Graf Goltz-Garycz. Jeschke-Gr. Eltingen. Tesmar-Eichenhagen. v. Witzleben-Witzleben. Neurer-Seegenau.“

Die italienische Kammer Sitzung verlief am Dienstag wider Erwarten ohne jeden Zwischenfall. Es wurde keine Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung von Deputirten ertheilt.

Die französische Deputirtenkammer hat den Gesetzentwurf, betreffend die Bekämpfung der gegen die staatlichen Sparkassen gerichteten Angriffe, mit 326 gegen 178 Stimmen angenommen. Einen besondern Sieg hatte dann die Regierung noch dadurch zu verzeichnen, daß die Kammer mit überwältigender Mehrheit mit 336 gegen 50 Stimmen beschloß, die Reden Tirards und Ribots in allen Gemeinden Frankreichs zum öffentlichen Anschlag zu bringen. (Der angenommene Gesetzentwurf bedroht die Angriffe gegen die Sparkassen mit einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten bis zu zwei Jahren, sowie mit einer Geldstrafe.)

Im englischen Oberhause erklärte Lord Salisbury in der Adreßdebatte, er billige die auswärtige Politik der Regierung betreffs Ungarns und Egyptens. Bezüglich Egyptens behielten Englands Versicherungen trotz der jüngsten Vorgänge dieselbe Kraft, allein die Vorgänge hätten die Aussicht auf Räumung erschwert.

Das liberale Kabinett Gladstone scheint es mit den Arbeitern, wie dies auch schon früher bemerkt worden, gründlich verдорben zu haben. Das Verbot eines friedlichen Auf-

## Brandkätze.

Aus den Papieren eines Dorfschulmeisters. Von A. Linden. (Nachdruck verboten).

(31. Fortsetzung.)

Als am andern Morgen in der Frühe Konrad mit dem Bruder kam, ließ ihn Sallert sogleich zu sich kommen. Was die beiden mit einander gesprochen, weiß ich nicht, hörte aber dann von Konrad, daß ihm Sallert die Oberleitung seiner Fabrik übertragen und ihn gebeten habe, weder Nähe noch Kosten zu scheuen, um die Beweise von Räthes Unschuld zu bringen. Der bisher so mürrische und verschlossene Mann zeigte eine merkwürdige Veränderung in seinem Wesen. Er befreundete sich sogar mit Johann. Die Haushälterin und Frau Bellmann theilten sich in die Pflege der beiden. Mir gegenüber zeigte Sallert ein freundliches Vertrauen, meine Gesellschaft schien ihm angenehm, und auch ich verlebte gerne meine Mußstunden in der Gesellschaft des alten Mannes.

Von seinem Besuch bei Räthe kehrte Konrad traurig und niedergeschlagen zurück. Man hatte ihm keinen Einlaß zu seiner Schwester gewährt.

Da litt mich's nicht länger. Ich wollte versuchen, zu ihr zu dringen, und es gelang mir endlich. Gelder aber waren auch meine Bemühungen vergeblich. Das Mädchen blieb stumm, sie wollte und konnte die eine große Frage, von der alles abhing, nicht beantworten. Mit Thränen in den Augen, gerührt von meiner herzlichen Theilnahme, bat sie mich, nicht weiter in sie zu dringen, sie könne weder ja noch nein sagen.

So mußte denn auch ich unverrichteter Sache von ihr scheiden.

Martha hatte auf meine Bitte Frau Bell zu sich genommen. Ich erinnerte mich, daß ich in M. eine alte, reiche entfernte Verwandte besaß, und so kam ich auf den Gedanken, bei dieser anzufragen, ob sie in ihrem Wohnort keinen Dienst für das Mädchen wisse. Ich führte diesen Entschluß sofort aus und schrieb der Verwandten, indem ich ihr zugleich die Ereignisse und Um-

stände schilderte. Schon nach einigen Tagen erhielt ich von der Dame die Antwort, ich möge ihr das Mädchen schicken, sie wolle es kennen lernen und vielleicht bei sich selbst aufnehmen. Die Reise war eine ziemlich lange; ich begleitete jedoch Martha so weit, daß sie ihr Ziel nicht verfehlen konnte. Kurze Zeit darauf empfing ich von meiner Verwandten einen Brief, in dem sie mir mittheilte, daß sie das Mädchen behalten habe, und Martha nicht genug rühmen konnte wegen ihres sanften und bescheidenen Wesens. Auch Martha selbst sandte mir einen rührenden Dankesbrief, daß ich so für sie gesorgt und sie zu dieser guten Dame gebracht habe. Sie hatte derselben auch von Johann erzählt und bald nachher kam ein zweiter Brief, worin meine Verwandte mich ersuchte, den kranken Knaben nach M. zu schicken, sie wolle ihn in der dortigen Klinik unterbringen, wo alles zu seiner Stärkung und Kräftigung geschehen solle.

Mit Freuden willfahrten wir diesem Wunsche. Konrad brachte seinen Bruder nach M.

Frau Reinberg hatte sich von ihrer Aufregung doch bald erholt. Sie war wieder die Frühere, nur zeigten ihre Augen oft den Ausdruck scheuer, heimlicher Angst bei jedem Geräusch; bei nahenden Schritten suchte sie zusammen, als erwarte sie etwas Entsetzliches, das sündlich ihr nahe könne. Hermann war oft verreiselt und, wie Frau Bell erzählte, trieb die Mutter mit febrilhaftem Eifer dazu, daß seine Hochzeit mit der Müllerstochter bald gefeiert werde.

Die Untersuchung gegen Räthe nahm inzwischen ihren Fortgang. Da sie selbst die That nicht leugnete und auf die bezüglichen Fragen wie im schweigenden Geständniß den Kopf senkte, nahm man dies für eine Bejahung. Wohl hatten die Beamten des Gerichts Mitleid mit dem schönen, jungen Mädchen, das der Schmerz verschmähter Liebe zur Verbrecherin gemacht, doch zweifelte niemand an ihre Schuld. Daß sie nicht ein offenes, ausführliches Geständniß in Worten ablegte, hielt man nicht für Trost, sondern für reuige Scham, auch war ja der Vorgang durch Zeugen genügend bekundet.

Herr Sallert, Konrad und ich hatten die Vermuthung laut werden lassen, daß vielleicht jener fremde, unbekannte Mensch, welcher bei Sallert eingebracht war, das Feuer angelegt haben könnte. Es fand sich aber für diese Annahme nicht der geringste gültige Beweis.

Der Tag der Gerichtsverhandlung war anberaumt, und mir blutete das Herz bei dem Gedanken an das, was er für Räthe bringen würde. Oft sprach ich mit Konrad über sie und beide grübelten und sannten mir, einen Ausweg zu finden, auf dem wir Licht in das Dunkel bringen könnten, das den Vorfall jenes verhängnißvollen Abends bedeckte. Es war nicht anders, das Mädchens Betragen mußte auch in uns die Ueberzeugung ihrer Schuld wachrufen und befestigen. Wer sollte auch sonst der Thäter gewesen sein? Die Reinbergs hatten im Dorf keine anderen Feinde, und wenn sie wirklich einen heimlichen Gegner gehabt hätten, so hätte seine That den Reinbergs eher Nutzen gebracht, da die Feuerversicherung eine sehr hohe Summe als Entschädigung zahlen mußte. Der Wiederaufbau der verbrannten Gebäude begann alsbald, und Frau Reinberg entfaltete in ihrem Haushalt größeren Aufwand als zuvor. Da war plötzlich eine Vermuthung in mir aufgestiegen, die aber alsbald so seltsam und widersinnig erschien, daß ich sie sofort wieder verwarf. Und doch, der einmal aufgetauchte Gedanke wollte nicht weichen und gewann immer mehr Gestalt. Beruhte er auf Wahrheit, so gab er mir auch den Schlüssel zu Räthes eigenthümlichem Benehmen. Ich war fest entschlossen, fort und fort nach Beweisen und That-sachen zu suchen und zu forschen.

Herr Sallert hatte sich indessen wieder erholt. Von einer Ueberfiedelung in das Reinbergsche Haus wollte er aber nichts wissen, sondern zog es vor, bei mir zu wohnen, bis das einfache, bescheidene Wohnhaus vollendet sein würde, das er für sich erbauen ließ. Konrad, dem jetzt die ganze Leitung der Fabrik oblag, war seine rechte Hand und ihm lieb wie ein Sohn geworden.

(Fortsetzung folgt.)

zuges der Arbeitslosen hat die herrschende Erbitterung nicht geringer gemacht. Eine Versammlung von Arbeitslosen in London sprach am Dienstag in einer Resolution ihre Entrüstung darüber aus, und forderte darin ferner die Arbeiterverbände auf, baldigst einen Massenaufzug zu veranstalten. Die Arbeitslosen zogen hierauf trotz des polizeilichen Verbots und trotz des Abtrahens der Arbeiterführer in Stärke von etwa 2000 Mann durch City nach dem Parlamentsgebäude, wo es zwischen der Polizei und den Manifestanten zu einem Handgemenge kam, wobei mehrere Verhaftungen erfolgten.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Petersburg, daß sehr gut unterrichtete Personen nochmals bestätigen, daß die Stellung des russischen Botschafters in Paris von Mohrenheim stark erschüttert sei, sie fügten jedoch hinzu, sein Rücktritt werde erst in einiger Zeit erfolgen, damit der Schein vermieden werde, daß der Rücktritt unmittelbar mit dem Panama-Verfahren zusammenhänge. Die Franzosenfreunde in Rußland hofften auf einen Nachfolger von hohem militärischen Rang, doch sei ein ausschlaggebender Stelle dazu wenig Neigung vorhanden. — Gleichfalls von unterrichteter Seite erfährt die „Köln. Ztg.“, das französische Ministerium plane eine bedeutende Vermehrung der Streitkräfte an der deutschen Grenze, zunächst erhalte die Garnison Nancy eine große Erweiterung.

Königin Natalie von Serbien beabsichtigt nur dann im Mai nach Serbien zu kommen, wenn die Stupskiina vorher das Ausweisungsgesetz aufhebt. — Man sieht, daß die Königin dem Frieden so recht noch nicht traut.

In Washington wurde am Dienstag im Senate die Beratung des Chandler'schen Antrages, durch welchen der Präsident der Vereinigten Staaten ersucht wird, Unterhandlungen mit der provisorischen Regierung von Havai einzuleiten behufs Annexion der Inseln, ohne weitere Beschlußfassung vertagt.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 1. Februar 1893.

Fortsetzung der zweiten Etatberatung. Der Etat des Kriegsministeriums wird debattelos bewilligt. Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung werden eine Reihe technischer Fragen erörtert.

Eine Debatte über die allgemeine Lage der Landwirtschaft knüpft sich an die Ausführungen des Abg. Schulz-Pupis (freikons.), der die Forderung ausstellt, wir müßten dahin kommen, daß der Import ausländischen Getreides aufhöre und Deutschland seinen Bedarf an Nahrungsmitteln selbst producire. Hierzu seien noch eine Reihe von Maßnahmen nötig. Er erwarte von dem Minister, daß er mit verständigem Blick die erforderlichen Maßregeln treffen werde.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (deutschkons.) kommt nochmals auf die Handelsverträge zurück. Durch diese seien die Schwierigkeiten, unter denen die Landwirtschaft leide, noch vermehrt worden. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs v. Marbach im Reichstage sei ein Vertrag mit Rußland zu erwarten; ein solcher würde dem Faß den Boden ausschlagen. (Beifall rechts). Solcher Handelspolitik gegenüber vertreten die Konservativen die Interessen der Landwirtschaft gegenüber der Regierung mit aller Ehrerbietung, aber auch mit allem Nachdruck.

Minister v. Seyden erwidert, den Ernst der Lage in der Landwirtschaft erkenne er an; über seinen Standpunkt zu dem Handelsverträge mit Rußland äußere er sich wegen der schwebenden Verhandlungen nicht. Er bleibe dabei, daß die Herabsetzung des Zolles von 5 Mk. auf 3 1/2 Mk. nicht die von dem Abg. v. Minnigerode behauptete Wirkung gehabt habe. Viel besorgnisserregender als die Herabsetzung sei die Abnahme der Bevölkerung und die Verschuldung des Landbesitzes im Osten. Hier müßten Wege der Abhilfe geschaffen werden; es sei jedoch übertrieben, zu sagen, daß die Landwirtschaft zu Grunde gehen müsse.

Der Abg. v. Dodelberg (deutschkons.) spricht den Wunsch aus, daß die Generalcommission bei der Festlegung der Beilegungsgrenze der neu zu errichtenden Rentengüter mit großer Vorsicht vorgehen, weil sonst die Gefahr erwache, daß aus den Rentengutsbesitzern ein sozialpolitisch sehr bedenkliches Proletariat hervorgehe.

Minister v. Seyden erklärt, daß er den Standpunkt des Vorredners durchaus billige. Bei der Festlegung der Beilegungsgrenze werde die Eigenart des besonderen Falles sehr wohl erwogen und jede schablonenhafte Behandlung vermieden.

Auf eine Anregung des Abg. Brandenburg (Centrum) theilt der Minister v. Seyden mit, die Arbeiten am Dortmund-Ems-Kanal würden voraussichtlich so gefördert werden, daß dieser Kanal noch in diesem Jahre theilweise der Schifffahrt übergeben werden könne. Weiterberatung: Sonnabend.

### Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 1. Februar 1893.

Ein Antrag des Reichskanzlers um Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abg. North wird der Geschäftsrundungskommission zur Vorberatung überwiesen.

Hierauf wird die Beratung der Anträge der Konservativen und des Centrums, betreffend Maßnahmen zur Hebung des Handwerks, fortgesetzt.

Abg. Adernann (deutschkons.) begründet seine Anträge auf Beschränkung der Abzahlungsgeschäfte, Verbot der Wanderlager und Wanderauktionen, Einschränkung des Hausirhandels und Unterjagens des Hausirers durch Detailreisende, vorbehaltlich etwaiger, durch das Bedürfnis unerlässlich gebotener Ausnahmen. — Der Antrag wegen der Abzahlungsgeschäfte erlände sich durch den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf. Für Wanderlager und Wanderauktionen bestehe kein wirtschaftliches Bedürfnis. Da die Besteuerung des Wandergewerbes keine Einschränkung desselben herbeiführt, müßten gesetzliche Maßregeln dagegen ergriffen werden. Der Hausirhandel solle nur beschränkt, nicht verboten werden, denn in gewissen Gegenden sei er eine Nothwendigkeit. Die Hausirer gingen jetzt schon zum Großbetrieb über. Man müsse das sesshafte Gewerbe schützen, welches neuerdings durch die Sonntagsruhe in einen weiteren Nachtheil gefetzt sei.

Abg. Dr. Schaeffler (Centrum) begründet die den Anträgen Adernann entsprechenden Theile des Centrumsantrags auf Abänderung der Gewerbeordnung und empfiehlt Verweisung an die Kommission für die Abzahlungsgeschäfte.

Abg. Dr. Schneider-Nordhausen (freis.) führt den Vorrednern gegenüber aus, daß der Nutzen, den sie von ihren Anträgen für das sesshafte Gewerbe erwarteten, sich nicht zeigen werde.

Abg. v. Strombeck (Centrum) spricht gegen die Anträge, die über das Ziel hinauswüßten. Durch eine Unterdrückung des Hausirhandels würden im Reichsgebiet allein 2000 Familien brotlos gemacht werden.

Abg. Holzmann (natlib.) meint, die Industrie habe durch den Hausirbetrieb sehr gewonnen.

Abg. Bodt (Soz.) erklärt, der kleine sesshafte Gewerbebetrieb werde durch die großen Verlagsgeschäfte viel mehr beeinträchtigt, als durch die kleinen Hausirer. Mit den vorgeschlagenen Mitteln nütze man dem Handwerk gar nichts. Die Regierungen hätten das auch erkannt. So habe die sächsische Regierung in einem amtlichen Berichte Stellung gegen den Befähigungsnachweis genommen.

Abg. Clemm (natlib.) spricht gegen den Centrumsantrag, erkennt aber Mängel an, die ihn veranlassen.

Abg. Böckel (Antisemit) verlangt die Durchführung des Grundgesetzes, daß nur mit selbstgefertigten Waaren gehandelt werden dürfe. Die Wanderlager müßten verboten, den Ausverkäufen müsse größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Auch eine Klamm-Steuer sei zu erwägen. Der Hausirhandel mit Vieh müsse unbedingt verboten werden, denn damit würden nur Viehdieben eingeschleppt.

Abg. Viehl (Centrum) erwidert dem Abg. Holzmann, die Industrie, welche durch die Beschränkung des Hausirbetriebs beeinträchtigt werde,

sei von der Art, von welcher gelegentlich der Weltausstellung zu Philadelphia das Wort „billig und schlecht“ gebraucht wurde.

Nachdem Johann noch die Abgg. Stolle (Soz.) und Schrader (freis.) gegen die Anträge gesprochen und Abg. Adernann (deutschkons.) die Existenz des von Bodt erwähnten Berichtes der sächsischen Regierung gegen den Befähigungsnachweis bezweifelt hat, werden die Anträge Adernann abgelehnt; der Centrumsantrag wird an die Kommission für die Abzahlungsgeschäfte verwiesen.

Bei der Abstimmung über den weiteren Antrag Adernann, betr. die Konsumvereine stellt sich Beschlusfähigkeit heraus. Es sind nur 125 Abgeordnete anwesend.

Freitag: Antrag auf Einstellung des gegen Ahlwardt schwebenden Strafverfahrens; Etat.

### Deutsches Reich.

Berlin, 1. Februar 1893.

— Die Beisehung des Herzogs von Ratibor findet am Freitag Vormittag in Rauden statt. Man glaubt, daß auch der Kaiser der Leichenfeier dortselbst beiwohnen werde.

— Wie die „Post“ nachträglich erfährt, ist die dem katholischen Feldpropste der Armee Dr. Ahmann am Ordensfeste verliehene Dekoration des rothen Adlerordens zweiter Klasse mit Eichenlaub, auch wegen der Verdienste erfolgt, welche sich Dr. Ahmann um die katholische Seelsorge in der Armee erworben hat.

— Die „Post“ schreibt: Die Unterschrift: nemo me impune lacessit, welche der Kaiser unter sein dem Staatsminister Friedberg übersandtes Bild gesetzt hat, giebt der Presse zu allerhand Kommentaren und tief sinnigen Betrachtungen Anlaß. Inzwischen erfahren wir von wohlunterrichteter Seite, daß diese Unterschrift einem Zufall ihren Ursprung verdankt. Der Kaiser hat erst am dem Tage, an welchem Minister Friedberg sein 80. Jahr vollendet, von dessen Geburtsort erfahren. Als er ihn desselben Tages bei einem Hofeste traf, redete er ihn darauf an und sagte zu ihm: „Was? das sagen Sie mir nicht einmal? Das muß ich so zufällig erfahren?“ und fügte dann mit dem Finger drohend hinzu: „Das darf nicht ungestraft bleiben!“ Die Strafe war die noch an demselben Tage erfolgende Ueberwindung des Bildes mit der Unterschrift: Niemand reizt mich ungestraft.

— Die renovirten Räume des Ministeriums des Innern strahlten am Dienstag Abend in besonderem Glanze. Der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg gab sein erstes großes Essen. Als Gäste waren unter anderen erschienen: Der Reichskanzler Graf Caprivi, der Staatssekretär v. Bötticher, der Finanzminister Dr. Miquel, die Abgeordneten Freyherr v. Manteuffel, Freyherr v. Erffa, Freyherr v. Schorlemer-Alst, Freyherr v. Huene, Graf Ubo Stolberg-Wernigerode, Graf Arnim, das Mitglied des Herrenhauses Graf Schulerburg-Bekendorf u. a. Vor 8 Uhr erschien der Kaiser. Der Ministerpräsident ging Sr. Majestät entgegen, geleitete ihn in den Festsaal. Hier trat der Kaiser an mehrere ihm bekannte Herren heran und wechselte leutselige Worte mit ihnen. Sobann wurde das Festmahl eingekommen. Se. Majestät verweilte bis zur ersten Stunde des nächsten Tages in dem gastlichen Kreise. In der Unterhaltung wurden die politischen Tagesfragen wenig berührt. Soweit die Politik zur Sprache kam, wurde die Steuerreform vom Kaiser eingehend besprochen. Der Kaiser soll wiederholt seiner Befriedigung über den Gang der Verhandlungen Ausdruck verliehen und die bestimmte Erwartung ausgesprochen haben, daß die Reform zu Stande komme. Des Finanzministers soll bei der Gelegenheit wiederholt anerkennend gedacht worden sein.

— Der konservative Bürgerverein „Noabitt“ hat an die Vorstände der konservativen und der Centrums-Fraktion des Reichstags folgende Zuschrift gerichtet: „Dem verehrten Vorstände sprechen wir hierdurch nach Vereinsbeschlusse der Sitzung vom 18. d. M. die Bitte aus, unsern innigen Dank der Fraktion zu übermitteln für die treu-deutsche und mannhafte Vertretung der hervorstechendsten nationalen Interessen, insbesondere neuerdings bei Beratung der Börsensteuernovelle und des Befähigungsnachweises. Ohne diesen können Handwerk und Gewerbe mit dem Schleuderwieser der Bazar nicht mehr konkurriren. Viele tausende selbständige Existenzen stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin und geben der sozialistischen Propaganda ein breites Arbeitsfeld. Wir hoffen, die Herren Konservativen werden in fester Gemeinschaft mit dem Centrum fortfahren, an der Gesundung des gewerblichen Lebens im deutschen Volke zu arbeiten, damit der im Handwerk und Gewerbe stehende Mittelstand durch Redlichkeit und Fleiß, vor Schwindel und Betrug nach Möglichkeit geschützt, lohnendem Broterwerb nachgehen kann; er wird durch Pflege patriotischer und religiöser Gesinnung ein fester Pfeiler des Staates, eine der besten Stützen von Thron und Altar, ein starkes Bollwerk gegen die hezende und zersetzende Arbeit der bürgerlichen wie der sozialistischen Demokratie bilden und so die ihm erwiesene Pflege zu vergelten suchen.“

— Gestern Abend sind in Berlin Extrablätter mit der lägenhaften Nachricht von einem Attentat auf den Zaren verkauft worden. Offiziös wird mitgeteilt, daß heute Vormittag der Staatssekretär des Auswärtigen, Freyherr v. Marschall dem russischen Botschafter, Grafen Schuwalow, sein Bedauern über diesen großen Unfug ausgesprochen habe. — Zu der von einer hiesigen obskuren Seite verbreiteten Extrablatt-Nachricht ist behördlicherseits festgestellt worden, daß am gestrigen Tage ein Telegramm aus Petersburg, welches sich auf den Kaiser bezöge, überhaupt nicht eingelaufen war. Zur Charakteristik des unerhörten Schwindels, um den es sich bei der ganzen Affäre handelt, dient auch, daß die auf dem Extrablatt angegebene Wohnung des Verbreiters eine leere Baustelle ist. — Welches unangenehme Aufsehen diese Alarm-Nachricht in Petersburg erregt hat, geht daraus hervor, daß der offiziöse Telegraph folgende Meldung aus Petersburg verbreitet: Der Zar hat gestern den Hofball besucht und viele Personen in längere Unterhaltung gezogen.

— Die Budgetkommission des Reichstags führte heute die Beratung des Marineetats zu Ende. Die Forderung des Extrabudgets: 17 Millionen zum Bau von zwei großen Trockendocks zu Kiel und der Forderung von 1 1/2 Millionen als erste Rate, wurde abgelehnt. Beim Etat des Reichseisenbahnbaus wurde die einzige Position von 4000 Mark für die Diäten und Reisekosten für die Weltausstellung in Chicago bewilligt. Beim Etat der Verwaltung der Eisenbahnen wurden die zur Herstellung einer vollständigen Eisenbahn von Wingen über Weissenhal nach Münzhalt als erste Rate geforderten 250 000 Mark abgelehnt.

Kriegnis, 31. Januar. Die Generalversammlung des konservativen Wahlvereins für den Wahlkreis Kriegnis-Gaynau-Goldberg hat nach lebhafter Debatte beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen konservativen Kandidaten für die bevorstehende

Reichstags-Ergebniswahl Abstand zu nehmen und es den konservativen Wählern zu überlassen, ihre Stimmen nach eigenem besten Ermessen abzugeben.

Dresden, 1. Februar. Der nationalliberale deutsche Reichsverein hat in seiner General-Versammlung vom 30. v. M. nach der „Dresd. Ztg.“ einstimmig beschlossen, der Berliner Centralleitung der Partei folgendes zu erklären: „Als ehrliche und treue Anhänger der nationalliberalen Partei sprechen wir der Centralleitung und den nationalliberalen Abgeordneten gegenüber den bestimmten Wunsch und die zurechtlichste Hoffnung eines entschiedenen Auftretens namentlich in den Fällen aus, wo die jetzige Reichsregierung die bewährten Bahnen der nationalen Politik des Fürsten Bismarck nach innen, den Ultramontanen und Polen gegenüber, oder nach außen verläßt.“

Hannover, 31. Januar. Die Angeklagten im Welsenprozeß, welche verurtheilt wurden, haben jetzt ebenfalls Berufung eingelegt. Die von dem Staatsanwalt eingelegte Berufung betrifft sämtliche Angeklagten.

### Ausland.

Paris, 1. Februar. Der „Gaulois“ meldet, der Zarewitsch werde im nächsten Frühjahr Paris besuchen und zwar mit längerem Aufenthalt als in Berlin.

Madrid, 1. Februar. Die amtliche „Gaceta“ veröffentlicht eine Mittheilung der medizinischen Fakultät, wonach der König von einem leichten Scharlachfieber befallen ist.

Bukarest, 1. Februar. Die Ratifikationen sind gestern ausgetauscht.

New-York, 31. Januar. Der Gouverneur des Staates New-Jersey hat den bisherigen amerikanischen Gesandten in Berlin, Phelps, zum Richter am Appellationsgericht des Staates New-Jersey ernannt.

### Provinzialnachrichten.

König, 27. Januar. (Gewerbeausstellung). Zur Beratung über eine Gewerbeausstellung der Kreise König, Luchel, Schlochau, Flatow und Dr. Krone hatten sich Mittwoch Abend hier eine Anzahl von Vertretern der hiesigen Industrie und des Handwerks, sowie andere sich hierfür interessirende Herren eingefunden. Nachdem der um Uebernahme des Protectorats ersuchte Herr Landrath Dr. Raug zum Vorsitzenden und Herr Baurath Otto zum Schriftführer gewählt waren, wurde unter allgemeiner Zustimmung beschlossen, im September dieses Jahres eine Gewerbeausstellung in König zu veranstalten und die Staatsregierung und die theilhaftigen Kreise um Gewährung von Zuschüssen zur Bildung eines Prämiirungsfonds zu bitten. In gleicher Weise soll auch der gewerbliche Centralverein um Unterstützung durch Rath und That ersucht werden. Mit der Ausstellung soll ferner eine Ausstellung von Lehrungsarbeiten sowie eine Verlojung von ausgestellten Gegenständen verbunden werden.

Königsberg, 28. Januar. (Vergiftung). Daß selbst das Rauchen einer Cigarette unter Umständen gefährlich werden kann, lehrt ein kürzlich vorgekommener Fall. Ein junger Mann, Handlungsgehilfe, hatte durch die Kälte stark aufgepungene Lippen davongetragen, die ihn jedoch nicht hinderten, seine gewohnte Cigarette zu rauchen. Da plötzlich schmol eine Lippe unförmlich an, der Zustand verschlimmerte sich am andern Tage, und der junge Mann begab sich hier in eine Klinik. Die Anschwellung, welche eine größere Operation nothwendig machen wird, ist die Folge einer Blutvergiftung, die sich der junge Mann beim Rauchen der Cigarette zugezogen hat, indem in die kleinen Lippenmunden der Tabaksstaub oder vielleicht auch an der Oberfläche der Cigarette haftende gesundheitsgefährdende Bakterien eingebracht sind.

Gumbinnen, 31. Januar. (Von dem Schöffengericht) wurde gestern Abend das Urtheil in der Privatklage des Majoratsherrn von Reibnitz gegen den Redakteur der „Preuß.-Vitt. Ztg.“, Herrn Küster, verurtheilt. Privatkläger fühlte sich durch zwei f. R. in der „Preuß.-Vitt. Ztg.“ enthaltene Notizen, in denen gesagt worden, daß Herr v. Reibnitz im Jahre 1890 gelegentlich der Reichstagswahl im Kreise Tilsit-Niederung, wofolbst er als freimüthiger Kandidat durch Wort und Schrift für seine Wahl thätig war, durch Verabreichung von Schnaps auf die Wähler einzuwirken versucht habe. Außerdem sah v. R. auch in der Fassung der Notizen eine Beleidigung. Der Prozeß spielt seit März 1890, also beinahe drei Jahre. Beklagter führte den Beweis der Wahrheit, daß Privatkläger in der angegebenen Weise auf die Wähler einzuwirken versucht habe, und fanden deshalb während der drei Jahre zahlreiche Zeugenvernehmungen statt. Am Montag, den 23., fand die Sache vor dem hiesigen Schöffengericht endlich ihren Abschluß, und gestern wurde das Urtheil bekannt gegeben. Dasselbe lautete dahin, daß der von dem Redakteur Küster geführte Wahrheitsbeweis als erbracht anzusehen sei und der Privatkläger, Herr von Reibnitz, zur Zahlung sämtlicher durch die Zeugenvernehmungen entstandenen Kosten zu verurtheilt, daß auch in der Fassung der Notiz keine Beleidigung liege, daß aber eine Redewendung in einer Korrespondenz als Beleidigung anzusehen sei, für welche Fall R. zu 15 Mark Strafe verurtheilt wurde. Weiter hat derselbe 1/4 der Gerichtskosten und Privatkläger 2/4 zu zahlen. Die Kosten, die durch die Zeugenvernehmung entstanden sind, hat Privatkläger allein zu zahlen.

### Lokalnachrichten.

Thorn, 2. Februar 1893.

(Konservativer Verein). Infolge des Neubaus des Schützenhauses, wo der Konservative Verein Thorn vor neun Jahren gegründet wurde und im Verlaufe dieser Zeit seine Versammlungen, Vorstandssitzungen und Herrenabende abhielt, auch die größere Zahl seiner Feste feierte, haben die letzten beiden Vorstandssitzungen anderweitig stattfinden müssen. In der am 5. Januar cr. bei Herrn Weinhandler Gellhorn abgehaltenen Vorstandssitzung erfolgte die Vertheilung der Aemter des Vorstandes. Auf vielfachen, dringenden Wunsch des leitherigen Vorsitzenden, Herrn Rittergutsbesitzer Meister-Sänger, dessen Pflichten als Landtagsabgeordneter und sein außerhalb der Stadt Thorn gelegener Wohnsitz ihn hindern, der Vereinsleitung mit dem von ihm erwünschten Eifer obzuliegen, wurde von seiner Wiederwahl Abstand genommen. Hierauf wurden gewählt: Herr Oberstlieutenant a. D. Kawada zum Vorsitzenden, welcher die Wahl auch in zuvorkommender Weise annahm, Herr Landrath Kraemer zum stellvertretenden Vorsitzenden, Herr Rechnungsrath Kolleng zum Schriftführer und Herr Rentier Wenig zum Kassanten, welche Herren die Aemter ebenfalls bereitwillig annahmen. Die für gestern Abend anberaumte Vorstandssitzung fand im „Thorn Hof“ statt. In derselben wurde zunächst die Lokalfrage erörtert und beschlossen, die Vorstandssitzungen und Herrenabende am Dienstag jeder Woche so lange im „Thorn Hof“ abzuhalten, bis der Neubau des Schützenhauses vollendet ist und dasselbe dem Verein wieder die alte Heimstätte bietet, was voraussichtlich bereits in diesem Herbst der Fall sein wird. Nach verschiedenen Besprechungen über schwebende politische Fragen und Verurtheilung gewisser Angriffe gegen die konservative Partei, wurde angeregt, mit Rücksicht, daß die Frier des Stiftungsfestes diesmal unterliege, im Sommer einen größeren Ausflug nach einer anmuthigen Gegend des Kreises Thorn zu unternehmen, um mit den Gesinnungsgenossen auf dem Lande, die dazu eingeladen werden sollen, den Verkehr, der sich durch deren häufige Theilnahme an den Vereinsabenden entwickelt hat, weiter zu pflegen. Der rege Besuch der vom nächsten Dienstag ab im „Thorn Hof“ wieder aufzunehmenden Herrenabende wird den Vereinsmitgliedern und Gesinnungsgenossen empfohlen. Die bezügliche Anzeige wird vom Vorstande erlassen werden.

(Personalien aus dem Kreise Thorn). Der königl. Landrath hat die am 25. Dezember 1892 vorgenommene Wahl des Besitzers Johann Heise zum Gemeindevorsteher für die Gemeinde Guttau bestätigt. — Die im Thorner Kreisblatt unter dem 29. August und dem 24. September 1892 erfolgte Bestätigung der Wiederwahl des Besitzers Winkoley, sowie der Wahl des Besitzers Johann Heise zum Gemeindevorsteher für Guttau wurde seitens des königl. Landraths unter Zustimmung des Kreisaußschusses, zurückgenommen, da die beiden Gemeindevorsteherwahlen vom 30. Juli und 13. August 1892 wegen formaler Mängel des Verfahrens ungültig waren.

(Stadtvorordneten) vom 1. Februar. Anwesend waren 29 Stadtvorordnete. Am Tische des Magistrats die Herren: Erster Bürgermeister Dr. Kroll, Bürgermeister Schuftehrus, Stadtbaurath Schmidt, Kammerer Stadnowitz, die Stadträte Ritter und Böckmann, ferner Regierungsrath Krause und Ingenieur Wegger. Der Vorsitzende, Herr Prof. Voelke, eröffnete die Sitzung durch Verlesung der Antwortschreiben auf die an das Kaiserliche Haus abgegangenen Neujaarsadressen mit den Thorer Pfefferkuchen, welche diesmal Herr Hoflieferant Thomas geliefert hat.

Das Schreiben vom Oberhofmarschallamt des Kaisers und Königs lautet:

Berlin, 24. Dezember 1892.

Dem Magistrat theile ich in Verfolg des gefälligen Schreibens vom 17. d. M. ergeben mit, daß ich das an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtete Schreiben nebst den für Allerhöchstdieselben bestimmten Pfefferkuchen an ihre Allerhöchste Bestimmung habe gelangen lassen und letztere demnächst an der kaiserlichen Tafel Verwendung finden werden.

Seine Majestät haben mich zu beauftragen geruht, dem Magistrat Allerhöchst Ihre besten Dank für diese erneute Aufmerksamkeit zu übermitteln.

Die für Ihre Majestät die Kaiserin und Königin bestimmten Sendungen sind dem Kabinett Allerhöchstdieselben zugestellt worden. gez. von Eulenburg.

An den Magistrat der Stadt Thorn.

Das Schreiben Ihrer Majestät der Kaiserin:

Die Mir von dem Magistrat und den Stadtvorordneten der Stadt Thorn zum neuen Jahre dargebrachten treuen Wünsche habe ich ebenso wie die beigelegte Sendung Ihres schönen Pfefferkuchens auch in diesem Jahre gern entgegengenommen. Der Hinweis auf die theureren Güter, die Gottes Gnade Mir im verfloffenen Jahre neu geschenkt und erhalten, hat mich besonders gefreut. Zugleich mit Meinem Dank verleihe Ich die städtischen Behörden Meines fortwährenden herzlichen Interesses für das dortige Gemeinwesen. Berlin, 5. Januar 1893.

gez. Auguste Victoria, Kaiserin und Königin.

An den Ersten Bürgermeister der Stadt Thorn, Herrn Kroll.

Das Schreiben Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich:

Der Magistrat und die Stadtvorordneten der Stadt Thorn haben Mir zum bevorstehenden Jahreswechsel wiederum freundliche Glückwünsche gesendet, die Mich angenehm berührt haben. Indem Ich hierfür Meinen aufrichtigen Dank ausspreche, benütze ich gern diesen Anlaß, um Meinen besten Wünschen für das fernere Wohl der Stadt Thorn und ihrer Bewohner erneut Ausdruck zu geben. Die überreichte althergebrachte Festgabe habe ich mit Dank entgegengenommen.

Berlin, den 22. Dezember 1892.

gez. Victoria, verwitwete Kaiserin und Königin Friedrich.

An den Magistrat und die Stadtvorordneten der Stadt Thorn.

Der Vorsitzende knüpft an das Schreiben Sr. Majestät des Kaisers die Hoffnung, daß es uns im nächsten Sommer vergönnt sein möge, den Kaiser in unseren Mauern zu begrüßen. Ueber die Vorlagen des Finanzausschusses erstattet hierauf Stv. Verbits Bericht. — 1) Von der beabsichtigten Nachweisung über Staatsüberschreitungen wird Kenntnis genommen. Dieselben bewegen sich in denselben Höhen früherer Etatsjahre. So ist der Etat des Stadtbauamts um 30 Mk. überschritten (Vorjahr: 600 Mk.), der Etat für Hilfskräfte in den Büreaus um 311 Mk. (Vorjahr: 2000 Mk.). — 2) Gesuch des Bauunternehmers Herrn Bruno Ulmer um Auszahlung rückständiger und verjährter Beträge für ausgeführte Kammerearbeiten. Herr Ulmer behauptet, die Rechnungen eingekandt zu haben, was seitens des Stadtbauamts bestritten wird. Stadtbaurath Schmidt erklärt auf eine Frage des Stv. Krivos, daß die in Frage kommenden Rechnungen sich auf ausgeführte Maurer- und Zimmerarbeiten beziehen. Er meint, daß hier nur ein ganz grober Irrthum vorliegen kann. Die Rechnungen seien verjährt und er befürworte Ablehnung des Gesuches. Stv. Wolff spricht sich für die Bezahlung der Rechnungen aus. Erster Bürgermeister Dr. Kroll meint, nach so langer Zeit sei eine Prüfung und Kontrolle der Rechnungen nicht mehr möglich. Stadtbaurath Schmidt: die Rechnungen sind aus den Jahren 1889 und 1890 und belaufen sich auf mehrere 1000 Mk. Die Etats jener Jahre sind längst abgeschlossen. Wohin solle es führen, wenn sich solche Vorfälle wiederholten? Der Magistrat müsse ein Exempel statuieren. Prof. Voelke schlägt vor, von dem Verjährungsrechte so weit Gebrauch zu machen, als die Kontrolle unmöglich sei. Es wird der Beschluß gefaßt: die Stadtvorordneten erkennen eine Verpflichtung zur Bezahlung der Rechnungen nicht an, stellen Herrn Ulmer jedoch anheim, dem Magistrat die Rechnungen innerhalb 14 Tagen zur Prüfung einzureichen. — 3) Von der Superrevision der Rechnung der Kranfenzhauskasse pro 1891/92 wird Kenntnis genommen. — 4) Dem in der letzten Sitzung von den Stadtvorordneten gefaßten Beschlusse, dem Marktlandsgelehrter Krucjowski einen Pachtvertrag von 300 Mk. zu gewähren, ist der Magistrat nicht beigetreten; der Magistrat ist jedoch bereit, den Pachtvertrag von 450 Mk. auf 6 Monate zu stunden. Nach der Debatte, in welcher theilweise dieselben Gesichtspunkte wie in der letzten Sitzung vertreten werden, wird beschlossen, die Angelegenheit einer gemischten Kommission zu überweisen. — 5) Die Verammlung beschließt, von den Staatsüberschreitungen beim Etat der Bromberger Vorstadtschule um 75 50 Mk. durch Anschaffung einiger neuer Turngeräte vorläufig Kenntnis zu nehmen. — 6) Dasselbe geschieht betrifft der Staatsüberschreitungen beim Etat der Uferkassette, der Jakob-Borstadtsschule, der Stadtschulenkasse, insbesondere der Knabenschulen. — 7) Das Gesuch des Restaurateurs Kuttner um Ermäßigung der Pacht für die Schlachthausrestauration wird in Uebereinstimmung mit dem Magistrat von den Stadtvorordneten abgelehnt. — 8) Desgleichen das Gesuch des Schauffeegelpächters Gollub um Pachtverlaß. — 9) Von dem Protokoll über die am 25. Januar 1893 stattgefundene Rassenrevision wird Kenntnis genommen. Ueber die nunmehr zur Verhandlung kommenden Vorlagen des Verwaltungsausschusses referirt Stv. Wolff. — 1) Von den Betriebsberichten der Gasanstalt für die Monate Oktober und November 1892 wird Kenntnis genommen. — 2) Der Vergebung der Kammerebauarbeiten für das Jahr 1893/94 an den Schmiedemeister Siemert und Klempnermeister Pah stimmt die Verammlung zu. — 3) Die Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr mit dem Ziegeleimeister Samulewicz wird von den Stadtvorordneten in Uebereinstimmung mit dem Magistrat beschlossen. — 4) Desgleichen die Neuvermietung des Zwingers am Gerechten-Thor für 700 Mk. auf 3 Jahre an den bisherigen Mieter Blum. — 5) Das königl. Provinzial-Schulkollegium zu Danzig hat sich bezüglich der Umwandlung des Realgymnasiums in eine lateinlose sechsklassige Schule mit den von Seiten des Magistrats gemachten Vorschlägen nicht einverstanden erklärt. Der Antrag des Ausschusses, die Angelegenheit der bereits früher eingeleiteten Kommission zur weiteren Behandlung zu überweisen, wird angenommen. — 6) Von der Wahl des Lehrers Köeller aus Schwab als Lehrer an der Bromberger Vorstadtschule wird Kenntnis genommen. — 7) Der Weiterverpachtung eines Landstückes (Jakob-Vorstadt Nr. 69) an den Polizeiseigeranten Drygalski wird zugestimmt. — 8) Die Weiterverpachtung des Platzes am Jakobs-Hospital, Neustadt 217, an den Töpfermeister Grau für 190 Mk. Pachtbetrag wird auf ein

Jahr genehmigt. — 9) Es wird beschlossen, die Gasbeleuchtung am Leibsticker Thor einzurichten, und zwar sollen vier Laternen (zwei Abend- und zwei Nachtlaternen) aufgestellt werden. Die Einrichtungskosten, die sich auf 900 Mk. belaufen, trägt die Stadt. Die Fortifikation zahlt einen jährlichen Beleuchtungsbeitrag von 84 Mk. für eine Abendlaternen und 36 Mk. für eine Nachtlaterne. — 10) Die Weiterverpachtung eines Lagerhauses im Elementar-Mädchenkullegebäude an den Kaufmann Hies unter denselben Bedingungen wird genehmigt. — 11) Die Lieferung von Portland-Cement zum Bau der Wasserleitung und Kanalisation wird nach Zuschlagserteilung der Verammlung der Firma Grundmann-Doppeln übertragen. — 12) Der Vergebung der Kammerei-Glasarbeiten pro 1893/94 an den Glasermeister Hell wird zugestimmt. — 13) Als Schiedsmänner für den I. Bezirk werden Kaufmann und Stadtrath Richter, sowie für den III. Bezirk Kaufmann Dorau nach Ablauf der Wahlperiode wiedergewählt. — 14) Von der erfolgten Vergebung der Lehrerinnen Fräulein Zimmermann an die höhere Mädchenschule, Fräulein Gensel an die Bürgerschule und der Anstellung des Fräulein Ruffenenti bei der Elementar-Mädchenkulle wird Kenntnis genommen. — 15) Die Lieferung von Thonröhren für die Kanalisation des Gebr. Widert-Thorn zum Preise von 16 124 Mk. zu übertragen, wird zugestimmt. — 16) Die Ausführung von Brunnen für die Wasserleitung wird nach Zustimmung der Stadtvorordneten an die Firma Goetze und Niedermeyer-Settin für 6989 Mk. vergeben. — 17) Die Verammlung stimmt ferner zu, die Ausführung der elektrischen Beleuchtung im Wasserwerk an die Fabrik Schuchardt-Würzburg, die Lieferung von Rohrdellen für die Wasserleitung an Bod und Reuter-Mannheim für 8900 Mk., und die Lieferung von gußeisernen Zuleitungsrohren für die Wasserleitung an die Firma Schallerbütte-Gelsenkirchen für 30 000 Mk. zu übertragen. Die meisten Vorlagen der heutigen Tagesordnung wurden ohne Debatte erledigt. — Die übrigen Punkte kamen in geheimer Sitzung zur Verhandlung.

(Die Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer) für das Vierteljahr vom Januar bis einschließlich März muß bis zum 14. Februar berichtet werden, andernfalls schon vom 15. desselben Monats ab kostenpflichtige Mahnung erfolgt.

(Handwerkerliedertafel). In der gestrigen Hauptversammlung der Handwerkerliedertafel wurde derselben der Dank des Handwerkervereins für die Teilnahme an dem Stiftungsfeste übermittelt. Beschlossen wurde, das eigene Stiftungsfest am 4. März im Saale des Museums durch Vorträge, Feste und Tanz zu feiern. Die Uebungen des Vereins finden fortan im Pavillon des Hotel Arenz statt, und sind Gäste dort jeden Mittwoch willkommen.

(Musikerfest). Die Musiker der Kapelle des 61. Infanterieregiments feierten gestern bei Nicolai ein Winterfest mit Konzert, Theater und Tanz. Der musikalische Theil des Abends bestand aus der Ausführung von Duettarien und Solovorträgen auf verschiedenen Instrumenten, außerdem aus Chor- und Soligesängen. Die Musiker, wie bekannt, mit ihren Instrumenten innig vertraut, bewiesen im zweiten Theile, daß sie auch in anderen Künsten recht gut bewandert sind. Die Aufführung musikalischer Einakter, Soloscherze u. erregte unaufhörlich die Heiterkeit der Zuhörer. Zum Schluß fand ein flotter Tanz statt.

(Maria Lichtmess). Heute, am 2. Februar, feiert die katholische Christenheit das Fest „Maria Lichtmess“. In den Kirchen werden Lichte geweiht, welche dann im Heim bewahrt werden. Bei der Projektion an diesem Tage in der Kirche schließen sich die Anbängigen mit brennenden Kerzen an. Das Fest wird auch Jesu Darstellung im Tempel benannt.

(Schwurgericht). In der am Montag, den 6. d. Mts., beginnenden Sitzungsperiode kommen folgende Sachen zur Verhandlung: am 6. Februar: die Strafsache gegen den Knecht Zfidor Wiszjanski aus Prokowo, z. B. in Haft, wegen Raubes; am 7. Februar: die Strafsache gegen die Arbeiter Martin Kuszniski und Johann Brantick aus Gollub, z. B. in Haft, wegen Nothzucht, ferner gegen das Dienstmädchen Anasztasia Kociniowska aus Unislaw, z. B. in Haft, wegen Kindesmordes; am 8. Februar: die Strafsache gegen die Arbeiterfrau Anna Wilczynska aus Gichin, z. B. in Haft und gegen den Besitzer Anton Biganski aus Robotno, wegen wissentlichen Meineides, bezw. Verleitung zum Meineide; am 9. Februar: die Strafsache gegen den Arbeiter Josef Klemp aus Mlyniec, wegen Urkundenscheidung und Betruges sowie gegen den früheren Postagenten Josef Veyer aus Nikolsk, z. B. in Haft, wegen Unterschlagung amtlicher Gelder, Urkundenscheidung und wissentlich falscher Anschuldigung; am 10. Februar: die Strafsache gegen den Posthilfen Hugo Wisliceny aus Lautenburg, wegen Verbrechens im Amte.

(Strafkammer). In der gestrigen Sitzung führte Herr Landgerichtsdirektor Wünsche den Vorsitz, als Beisitzer fungirten die Herren Landgerichtsräthe von Kleinjorgen, Moser, Reich und Schulz II. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Gerichtsassessor Strübing. — Der Arbeiter Albert Riffau aus Carlshorst wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Es erhielten ferner der Arbeiter Franz Lewanski aus Thorn, z. B. in Haft, wegen Körperverletzung in vier Fällen 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und der Schlossergeselle Robert Herzog aus Thorn wegen strafbaren Eigennuzes 3 Tage Gefängnis. Der Arbeiter Johann Hier aus M. Moder wurde von der Anklage des Diebstahls freigesprochen, desgleichen erfolgte die Freisprechung eines Eigenthümers aus dem Kreise von der Anklage der Stempeldefraudation, welcher derselbe sich dadurch schuldig gemacht haben sollte, daß er bei Erwerb eines Grundstücks in der Bromberger Vorstadt den Werth zum Zwecke der Berechnung des Stempel anfaßt auf ca. 20 000 Mark auf nur 4000 Mark angab.

(Die Maul- und Klauenpeuche) ist unter dem Rindvieh des Gutes Vishomitz, Kreis Thorn, ausgebrochen, ferner unter dem Rindvieh des Galtwirts Adam in Diezejel und der Witwe Marcintowski in Gr. Radowisz, Kreis Briesen. — Erlöschten ist die Suche unter dem Rindvieh des Besitzers Schmidt in Stewlen und in Sängerau, Kreis Thorn, sowie unter den Viehbeständen des Pfarrhufenspächters Klingenberg und des Besitzers Subanski in Wahrensdorf, Kreis Briesen.

(Pferdemarkt). Auf dem heutigen Pferdemarkte standen 52 Pferde zum Verkauf.

(Gesunden) wurde ein anscheinend goldener Ring in der Breitenstraße, ein gefüllter Handschuh in der Seglerstraße. Näheres im Polizeireport.

(Von der Weichsel). Der heutige Wasserstand betrug mittags am Windepegel der königl. Wasserbauverwaltung 0,94 Meter über Null. Das Wasser fällt noch immer.

### Mannigfaltiges.

(Cholera.) Der „Halle'schen Zeitung“ zufolge sind in der Irrenanstalt zu Nietleben neuerdings eine Choleraerkrankung und ein Todesfall, in Trotha eine Neuerkrankung und in Kroschwitz bisher ein Todesfall sowie eine schwere und zwei leichte Erkrankungen vorgekommen. — Aus Hamburg wird gemeldet: Bei einem in der Neustadt erkrankten Patienten ist durch bakteriologische Untersuchung Cholera festgestellt worden.

(Arbeiter-Demonstrationen). Am Spätmittage des Dienstag fand in Dresden eine von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung von Arbeitslosen statt, welche polizeilich aufgelöst wurde, als einer der Redner für Diebstahl plaidirte, falls auf anderem Wege nicht geholfen werde. Abends sammelten sich die Arbeitslosen auf dem Postplatz und dem Altmarkt und zogen unter dem Sang der Marseillaise durch die innere Stadt. Die Gendarmerie zerstreute die Menge. Militär und Polizei waren in der Nacht konfignirt. — In Breslau zogen gestern Nachmittag um 5 Uhr die Teilnehmer an einer Arbeitslosen-Versammlung geschlossen auf den Ring, Hunger! rufend. Der Versuch ins Rathhaus zu dringen, wurde vereitelt und die Menge zerflort.

(Eine Explosion schlagender Wetter) fand gestern bei Bochum auf der Zeche „General Blumenthal“ statt. Bis jetzt wurden 6 Tode und 12 Schwerverletzte konstirt. Eine große Anzahl von Arbeitern befindet sich noch unter der Erde. Für ihr Leben ist man besorgt.

(Hochwasser.) Infolge Stauung von Eismassen steigt das Wasser des Nedars in beunruhigender Weise. Der Mannheim-Freudenheimer Bahndamm ist überschwemmt. Mehrere Häuser in der Nähe des Nedarufers stehen unter Wasser. Das Nedarufers entlang sind Nachtwachen aufgestellt. Der Ort Ibsenheim ist nahezu völlig unter Wasser. Aus Sinsheim wird ebenfalls große Wassernoth gemeldet.

### Neueste Nachrichten.

Portsmouth, 1. Februar. Die Kaiserin Friedrich ist auf der Nacht „Victoria und Albert“ aus Cowes heute hier eingetroffen.

### Telegramme.

Paris, 2. Februar. Die Panamakommission nahm den Bericht der Subkommission betreffend die Unternehmer entgegen. Danach hätten die Unternehmer einen Gewinn von über 77 Millionen gehabt.

Madrid, 2. Februar. Nach dem letzten Bulletin hatte der König eine ruhige Nacht. Die Krankheit verläuft normal. — Ein für gestern angesagter Ministerrath, an welchem die Königin-Regentin theilzunehmen beabsichtigte, wurde vertagt. Ferner wurde eine für heute angelegte Hofgesellschaft wegen der Erkrankung des Königs abgesagt.

Athen, 2. Februar. Durch ein neues Erdbeben wurden auf der Insel Zante gestern weitere Häuser zum Einsturz gebracht. Die Regierung beantragte bei der Kammer einen Kredit von 100 000 Franks zur Unterstützung der durch das Erdbeben Betroffenen.

Verantwortlich für die Redaktion: Paul Dombrowski in Thorn.

### Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	2. Febr.	1. Febr.
Tendenz der Fondsbörse: schwächer.		
Russische Banknoten p. Kassa	209—	208—80
Wechsel auf Warschau kurz	208—60	208—45
Breussische 3 % Konsols	87—10	100—60
Breussische 3 1/2 % Konsols	101—	107—60
Breussische 4 % Konsols	107—60	168—40
Polnische Pfandbriefe 5 %	66—40	64—
Polnische Liquidationspfandbriefe	64—20	97—50
Westpreussische Pfandbriefe 3 1/2 %	97—70	187—80
Diskonto Kommandit Antheile	187—	174—60
Oesterreichische Banknoten	168—80	168—70
Weizen gelber: April-Mai	156—	155—
Mai-Juni	157—20	156—25
Wolfe in Newyork	81—	80—7/8
Roggen: Ioto	136—	135—
April-Mai	139—20	138—50
Mai-Juni	140—	139—20
Juni-Juli	140—50	139—70
Rübböl: April-Mai	51—60	50—80
Mai-Juni	51—60	50—80
Spiritus:		
50er Ioto	53—60	52—90
70er Ioto	33—70	33—30
70er Februar	32—60	32—20
70er April-Mai	33—60	33—30
Diskont 3 pCt., Lombardinsfuß 3 1/2 pCt. resp. 4 pCt.		

Königsberg, 1. Februar. Spiritusbericht. Pro 10 000 Liter pCt. ohne Faß matter. Zufuhr 30 000 Lt. Gefündigt 20 000 Lt. Volo kontingentirt 50,00 Mk. Od., nicht kontingentirt 30,50 Mk. Od.

Getreidebericht der Thorer Handelskammer für Kreis Thorn. Thorn den 2. Februar 1893.

Wetter: leichter Frost.  
Weizen unverändert, Kaufstuf sehr schwach, 129—131 Pfd. bunt 141 M., 134 Pfd. bunt 142 M., 132—136 Pfd. hell 143—147 Mark.

Roggen matt, 121—123 Pfd. 120—121 M., 124—125 Pfd. 122 bis 123 M.

Gerste in feiner Waare begehrt und fest, 136—140 M.  
Erbsen Futterwaare 114—116 M., Mittelwaare 120—122 M.  
Säfer inländischer 130—133 M.

### Kirchliche Nachrichten.

Freitag 3. Februar.  
Evangelisch-lutherische Kirche:  
Abends 6 1/2 Uhr: Abendstunde. Herr Superintendent Nehm.



## Seidenstoffe

direkt aus der Fabrik von von Elten & Kussen, Grefeld, also aus erster Hand in jedem Maß zu beziehen. Schwarze, farbige und weiße Seidenstoffe, Samme und Blüthe jeder Art zu Fabrikpreisen. Man verlange Muster mit Angabe des Gewünschten.

### Bekanntmachung.

Zur Vergebung der Lieferung der für das Garnisonlazareth Thorn vom 1. April 1893 bis Ende März 1894 erforderlichen **Verpflegungsbedürfnisse** ist am **16. Februar 1893** vormittags 10 Uhr Verdingungstermin in diesseitigen Geschäftszimmer, wofelbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen, ferner um 11 Uhr Termin zur Vergebung der Brotreife, Knochen, Küchenabgänge und altes Lagerstroh. Garnisonlazareth.

### Culmerstrasse Nr. 9:

1 Wohnung von 3 Stuben, Küche, Keller und Bodenstube, 2 Wohnungen à 2 Stuben, Küche, Keller und Bodenstube gleich zu vermieten. Fr. Winkler.

Eine Wohnung, 3 Zim., 1. Etage, vom 1. April z. verm. H. Rausch, Gerstenfr. 8.

### Fuhrenleistung.

Die Gespann-Befellung und Material-Transporte für die Zeit vom 1. April 1893 bis 31. März 1894 sollen an den Mindestfordernden vergeben werden.

**Termin am Freitag den 17. Februar cr. vormittags 11 Uhr**, bis zu welchem versiegelte Angebote mit der Aufschrift „Verdingung von Material-Transporten“ einzuliefern sind.

Bedingungen liegen in diesseitigen Bureau — Zimmer Nr. 10 — zur Ansicht aus.

### Artillerie-Depot Thorn.

Eine Wohnung, welche bisher Herr Steuerausheber Berg bewohnte, und soj. zu verm. A. Borchardt, Schillerfr. 9.  
**Laden nebst Wohnung** zu verm. Neuf. Markt 24. Alb. Früngel.

### Ein möbl. Border-Zimmer

zu vermieten Elisabethstr. 14 II Tr.

### Eine Mittelwohnung part.

vom 1. April 1893 zu verm. Zu erfragen Hundestrasse Nr. 9, 1 Treppe nach vorn.

### Kleine Wohnung zu vermieten.

E. Marquardt, Brüdertstr. Nr. 24.

1 rdbl. möbl. Zim. billig z. v. Elisabethstr. 7, III.

E. einf. m. Zimm. z. v. Coppenrückenstr. 39, III.

1 Wohnung, 4 Zim., Entree u. Zubehör, 1 Tr. h., billig zu v. Tuchmacherstr. 11.

### 1. und 2. Etage,

jede bestehend aus 2 Zimmern, Küche und Zubehör, vom 1. April 1893 zu vermieten. Zu erfragen bei Wäckermeister M. Szocepanski, Gerechertstr. Nr. 6.

### Mehrere kleine Wohnungen

und 2 große Wohnungen in der 1. Etage, eine davon nach der Straße gelegen, sind zu vermieten Strobandstr. 9. Sep. gel., gut möbl. Wohnung, mit, auch ohne Vorküchengerät zu vermieten. Soppnerikusstr. Nr. 12, 2 Tr.

### Manen- und Mellinstraße

sind Wohnungen zu 3, 4, 6 und 9 Zimmern, letztere mit Wasserleitung, Badstube, Wagenremise und Pferdeställen von sofort billig zu vermieten. David Marous Lewin.

### Eine freundliche Wohnung,

5 Zimmer, Küche mit Wasserleitung und sonstigem Zubehör II. Etage vom 1. April billig an ruhige Einwohner zu vermieten. Näheres Altst. Markt Nr. 27.

### Fürstenkrone, Bromb. Vorstadt.

Sonnabend den 11. d. M.:

### Gr. Maskenball

mit Pfannkuchen-Verlosung, wozu ergebenst einlabet

### C. Hempler.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Entrée für Herrenmasken 1 Mt., Damenmasken frei, Zuldauer 50 Pf.

3 kleine Familienwohnungen nebst Zubehör zu vermieten.

A. Borchardt, Fleischerstr., Schillerfr. 9.

### Eine kleine Wohnung

vom 1. April zu vermieten Schloßfr. 10.

A. Wenig.

2 herrschaftliche Wohnungen hat zu vermieten Bromb. Vorst. A. Deuter.

2 fein möblirte Zimmer Breiterstr. 41.

